



Ausschuss für Europa und Internationales

3. Sitzung (öffentlich)

18. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 11:20 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gespräch mit dem Leiter der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel** **5**
Herrn Rainer Steffens

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)** **12**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 (Ergänzung)

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlage 18/367 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/373 (Einbringungsrede)
Vorlage 18/438 (Beantwortung der Fragen)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

3 Handelspolitik: Was bedeutet der Rückzug Chinas für den Duisburger Hafen? *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])* **17**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/446

– Wortbeiträge

4 Corona-Winter: Bleiben die Grenzen weiter offen? *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])* **19**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/447

– Wortbeiträge

5 Welche Schlüsse und Handlungsbedarfe zieht die Landesregierung aus der Studie „The Future of EU Cohesion: Effects of the Twin Transition on Disparities across European Regions“ für NRW? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **21**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/448

– Wortbeiträge

- 6 Was hat die Landesregierung getan, um die Schließung des Stahlseilherstellers „Bridon“ in Gelsenkirchen zu verhindern und einer Standortverlagerung nach Großbritannien vorzubeugen? (Bericht beantragt der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **22**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/461

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/461 zur Kenntnis.

- 7 EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **23**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/449

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/449 zur Kenntnis.

- 8 Verschiedenes** **24**

hier: **Bedarfstermin am 02.12.2022** **24**

Der Ausschuss beschließt, am 02.12.2022 einen Sitzungstermin anzuberaumen.

* * *

1 Gespräch mit dem Leiter der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel

Herrn Rainer Steffens

Vorsitzender Stefan Engstfeld bedankt sich, dass Herr Steffens heute dem Ausschuss für ein Gespräch zur Verfügung stehe und über seine Arbeit in Brüssel bei der Europäischen Union berichten wolle. Er erteile ihm das Wort.

Rainer Steffens (Leiter der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel) berichtet:

Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete des Ausschusses, sehr geehrter Herr Minister! Vielen Dank, dass ich die Einladung bekommen habe, heute zu Ihnen sprechen zu können. „Der Täter kehrt an den Tatort zurück“ – so bin ich heute Morgen schon ganz freundlich begrüßt worden. Das ist tatsächlich auch keine Sinnestäuschung, wenn Sie mich hier wiedersehen. Die Lebensälteren unter Ihnen erinnern sich noch, dass ich von 2011 bis 2018 schon einmal die Landesvertretung in Brüssel geleitet habe. Zwischenzeitlich habe ich im Ausschuss der Regionen gearbeitet und mich in der Vergangenheit mit Kollegen Stein regelmäßig abgewechselt. Ich sage immer: Herr Stein und ich sind die wahren Grünen, die das Rotationsprinzip noch hochhalten. Man kann das auch als Kontinuität im Amt bezeichnen. Ich glaube, der Landesvertretung selber hat es auch gut getan, dass diese Art der personellen Kontinuität stattgefunden hat.

Nichtsdestotrotz soll bei jedem Amtsantritt ein frischer Wind wehen, sollen neue Ideen kommen. Dazu wollte ich Ihnen ein paar Hinweise von meiner Seite geben.

Die Bedeutung der Landesvertretung nimmt nicht ab, sie wird größer in der Zeit, in der wir mit den großen Krisen in dieser Welt zu tun haben. Nicht nur Europa wird wichtiger, sondern auch unsere Interessenvertretung als Land in Brüssel in Europa. Ich glaube, da ist diese Landesregierung gut aufgestellt. Ich will kurz zitieren, was Sie im Koalitionsvertrag über unsere Arbeit geschrieben haben. Da heißt es:

Über unsere Landesvertretung in Brüssel, unsere Arbeit im Ausschuss der Regionen sowie über unsere Bundsratsarbeit in Berlin nehmen wir aktiv Einfluss auf die Europapolitik.

Die Länder und somit auch NRW haben mit diesen drei Instrumenten sehr gute Möglichkeiten, der Stimme der Länder und der Stimme Nordrhein-Westfalens in Brüssel Gehör zu verschaffen. Ich glaube, ich kann das beurteilen, weil ich tatsächlich in meinem beruflichen Werdegang das Privileg hatte, in all diesen Institutionen arbeiten zu dürfen und insofern auch gewisse Erfahrungen da sammeln zu können.

Wir haben über den Ausschuss der Regionen, in dem Nordrhein-Westfalen natürlich Mitglied ist, die Möglichkeit – das wird häufig unterschätzt –, institutionell Stellung aus Sicht der Regionen zu nehmen, weil der Ausschuss der Regionen nun einmal die einzige regionale Institution ist, über die wir aktiv werden können. Insofern spielt

der für unsere Arbeit in Brüssel vor Ort eine immense Rolle, wenn man die Möglichkeiten der Vernetzung und den direkten Zugang zu Institutionen über dieses Gremium auch nutzen kann.

Über den Bundesrat können wir die Haltung der Bundesregierung in der Europapolitik, je nachdem, welche Kompetenzen durch EU-Recht berührt sind, maßgeblich im Rat in Brüssel bestimmen. Ich habe selber im Bundesrat gearbeitet und weiß, dass es manchmal nicht so einfach ist, die Bundesregierung tatsächlich auch durch Bundesratsentscheidungen zu binden. Wir haben aber auch da noch ein weiteres Instrument, das vielen gar nicht so bekannt ist. Der Bundesrat hat benannte Ländervertreter in den Arbeitsgruppen des Rates. In jeder Ratsformation in Brüssel sitzen auch aus den Ländern benannte Ländervertreter, die im Grunde nur da sind, zu beobachten, ob die Bundesregierung sich tatsächlich an die Bundesratsbeschlüsse hält. Auch darüber haben wir aus NRW-Sicht Möglichkeiten, Europapolitik zu beeinflussen.

Last, but not least haben wir unsere Landesvertretung. Das ist die Einrichtung, in der wir uns nicht mit 250 Regionen oder 16 Bundesländern abstimmen müssen; hier können wir unsere Haltung direkt formulieren und vortragen. Insofern ist es für unsere Mitarbeiter und für mich ein wichtiges Anliegen, hier unsere Positionen in die Institution zu tragen. Neben dem Rat und der Kommission ist für uns das Europäische Parlament von besonderer Bedeutung. Wir haben da unsere eigenen Abgeordneten, zu denen wir engen Kontakt halten. Wir beschränken uns in der Arbeit vor Ort nicht nur auf die Abgeordneten aus NRW. Wichtiger werden für uns auch zukünftig die Abgeordneten aus den Beneluxstaaten, also aus unseren Nachbarregionen und Nachbarstaaten. Ich glaube, da ist noch eine Menge an Potenzial der Verknüpfung von Interessen, die wir zukünftig auch stärker nutzen können.

Corona hat die Arbeit von Lobbyisten in Brüssel, auch in Berlin und anderswo sehr stark verändert. Um deutlich zu machen, welche Probleme das praktisch für uns bereiten kann: Wenn Sie früher die klassischen Instrumente des Lobbyismus stark genutzt haben – Sie laden jemanden ein, der interessant ist für Sie, Sie organisieren Sommerfeste, Empfänge usw., um Kontaktpartner auf dem Brüsseler Markt zu identifizieren und Gespräche anzubahnen –, so haben Sie faktisch in Brüssel die Situation: Sie können noch so viel auf dem Place du Luxembourg rumlaufen; Ihre Ansprechpartner sitzen heutzutage zwei bis drei Tage in der Woche im Homeoffice in den Vorortgemeinden von Brüssel. Das heißt, die faktische Möglichkeit, Sie laufen jemandem spontan über den Weg, hat tatsächlich sehr stark abgenommen. Darauf müssen Sie als Interessenvertreter reagieren – nicht nur wir, alle anderen auch. Das bedarf neuer Kommunikationsstrategien. Das bedarf technischer Ausrüstung. Sie müssen versuchen, ihre Kontakte stärker online auffindig zu machen und Kontakte zu verstetigen. Dafür brauchen Sie einen neuen strategischen Ansatz. Auf jeden Fall wird es so wie vor Corona bei unserer Arbeit auch nicht mehr weitergehen können.

Mit meinem Dienstantritt vor zwei Wochen, pünktlich zum 1. November, schlossen sich die Tore in unserer Landesvertretung für fünf Monate und zwar, weil eine Totalrenovierung ansteht. Das war auch kein unfreundlicher Akt, habe ich auch nicht so empfunden. Die Renovierung ist nicht nur sachlich geboten gewesen, auch unter

den Voraussetzungen, die ich gerade genannt habe. Wir haben ein sehr gutes Angebot des Vermieters bekommen. Dem Land entstehen im Grunde keine Kosten für den Umbau, der da anfällt. In der Zeit finden Sie die Mitarbeiter, wenn Sie uns besuchen wollen, im gleichen Gebäude in der dritten Etage, sehr beengte Verhältnisse. Allerdings befindet sich das Gebäude zurzeit in einem aufgeräumteren Zustand als die Staatskanzlei, wovon ich mich gestern selber überzeugen konnte.

Wir werden natürlich unsere Arbeit deshalb nicht einstellen, sondern im Gegenteil: Wir müssen kreativ sein. Wir werden Veranstaltungen auslagern in andere Räumlichkeiten in Brüssel bei anderen Landesvertretungen. Bei anderen Landesvertretungen können wir manchmal umsonst unterkommen. Ich sehe unsere Vertreterin der NRW.BANK, der wir sehr dankbar sind, dass wir auch die Räumlichkeiten der NRW.BANK bei uns im siebten Stock für die Übergangszeit stärker nutzen können, als wir es sowieso ab und zu schon gemacht haben.

Ich möchte in meiner kurzen Einführung zwei Aspekte betonen: Zum einen glaube ich, die Zukunft der Landesvertretung sehen wir nicht nur auf dem Brüsseler Parkett; es gibt auch Möglichkeiten, die Expertise, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zeit erwerben, noch stärker im Land zu nutzen. Im Koalitionsvertrag wird darauf hingewiesen, dass wir antreten, um die Europäisierung der Landesverwaltung insgesamt voranzutreiben. Dazu kann man sicherlich von unserer Seite aus Expertise beitragen und Themen anstoßen, um sie in der Landesverwaltung vielleicht stärker zu diskutieren. Aber es gibt sicherlich auch Möglichkeiten, unsere Expertise im Gespräch vor Ort mit den Bürgern zu nutzen, wenn eine Nachfrage auch von ihrer Seite da ist. Da stehen wir bereit.

Ich will mich jetzt nicht zu den inhaltlichen Themen in Brüssel zu ausführlich äußern. Sie werden die europapolitischen Prioritäten der Landesregierung in diesem Rahmen sowieso noch diskutieren, und Sie haben sie diskutiert. Es steht mir nicht an, das schon vorwegzunehmen. Aber natürlich steht eine Kernaussage des Koalitionsvertrages im Vordergrund. Diese Regierung hat beschlossen, Nordrhein-Westfalen zur ersten emissionsfreien Industrieregion in Europa zu machen. Der Satz, der so flott daherkommt, hat unglaubliche Auswirkungen nicht nur auf das Land, sondern auch auf das, was wir in Brüssel präsentieren können. Wenn wir in der Lage sind, Best Practice Examples zu zeigen, zu zeigen, wie es geht, dann werden wir auch Modell für ähnliche Regionen in Europa sein können.

Es ist natürlich auch ein Auftrag für uns, immer wieder auf die Errungenschaften in diesem Bereich hinzuweisen. Gleichzeitig spielt in diesem Zusammenhang EU-Recht und das, was an legislativen Maßnahmen in der nächsten Zeit in Brüssel verabschiedet wird oder gerade diskutiert wird, eine immense Rolle. Ich nenne den Green Deal, Fit for 55, die Mittelfristige Finanzplanung, die demnächst überprüft wird, wo es darum geht, welche Gelder zukünftig nach Brüssel fließen – bis hin zu den großen Fragen, wie kriegen wir die industrielle Transformation vor dem Hintergrund von EU-Naturschutzrecht hin? Das ist einer der Konflikte, die bisher aus meiner Sicht beim Aufbau der Erneuerbaren Energie relativ geräuschlos funktioniert. Ich hätte da größere Reibungspunkte erwartet. Nichtsdestotrotz, das sind Vorgaben, die wir in NRW im Vorfeld immer sehr stark beachten, herausarbeiten müssen,

damit das, was wir uns vorgenommen haben, im Einklang mit dem europäischen Recht funktioniert. – So viel zur Einleitung. Ich freue mich auf das anschließende Gespräch mit Ihnen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld bedankt sich für den konzentrierten Input. Er frage, ob es Fragen oder Anmerkungen der Ausschusmitglieder gebe.

Berivan Aymaz (GRÜNE) bedankt sich bei Herrn Steffens für den Vortrag. Man lebe in Zeiten, in denen die Europapolitik eine besondere Rolle spiele. In diesen herausfordernden Zeiten gehe es darum, auf unterschiedlichen Ebenen einen gemeinsamen Weg zu finden angesichts der vielen Krisen, die Europa begleiten würden.

Herr Steffens habe es angesprochen. Sie bitte ihn, konkret an Beispielen darzulegen, welche Gestaltungsmöglichkeiten er für die Landesvertretung konkret sehe, um eine aktivere Europapolitik aus NRW heraus mit den Interessen NRWs in Brüssel umzusetzen.

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung stehe als Ziel die Europäisierung der Landesverwaltung. Sie glaube, dass eine effektive Europapolitik nur mit einer stärkeren Europäisierung der Verwaltung einhergehen könne. Sie wüsste gerne, ob Herr Steffens in diesem Prozess eine besondere Rolle der Landesvertretung sehe, und wenn ja, wie die Landesvertretung diesen Prozess begleiten könne, welche Aspekte da wichtig wären.

Dann interessiere sie, welche Formate die Landesvertretung konkret habe, um nicht nur Politik, sondern auch die Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürger, aber auch andere Akteure der Gesellschaft mit dem Impuls aus Europa, aus Brüssel zu erreichen.

Romina Plonsker (CDU) schließt an die erste Frage von Frau Aymaz an, an eine stärkere Gewichtung Nordrhein-Westfalens. Sie frage, ob Herr Steffens eine Möglichkeit sehe, wie die Parlamentarier dieses Gewicht auch noch einmal stärken könnten. Vielleicht habe er ein paar Tipps, was die Abgeordneten konkret tun könnten.

Josef Neumann (SPD) schickt voraus, man kenne sich schon einige Jahre durch die Arbeit, die Herr Steffens geleistet habe. Er wolle auf das Thema der Europäisierung der Landesverwaltung eingehen, was unabdingbar wichtig sei. Was aus seiner Sicht mindestens genauso wichtig sei, sei, dass das Thema Europa in den NRW-Kommunen stärker verankert werde. Er wüsste gerne, in welcher Rolle die Landesvertretung auch hier etwas leisten könne. Gerade auf der kommunalen Ebene, in der es nicht nur um Fragen der Europapolitik oder der Verankerung Europas insgesamt gehe, sondern um viele förderliche Aspekte, sei es zentral wichtig, dass die Kommunen besser eingebunden würden und wesentlich besseren Zugang zu Europa und zu den europäischen Institutionen erhielten, als es heute der Fall sei. Er frage, ob Herr Steffens Ansätze aus der Landesvertretung heraus sehe in Richtung kommunale Familie, mehr zu tun.

Rainer Steffens (Leiter der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel)

führt aus, die Landesvertretung könne nur so stark sein wie die Landesregierung, die mit ihrem europapolitischen Engagement dahinterstehe. Bei allem anderen würde man sich als Dienststelle der Staatskanzlei des Landes überheben. Das sei auch nicht der Auftrag.

Der Ministerpräsident habe deutlich gemacht, dass er nur nach Brüssel komme, wenn er konkrete Anliegen im Gepäck habe, die er vor Ort für Nordrhein-Westfalen vertreten könne. So habe er ihn jedenfalls verstanden. Das sei auch die Marschrichtung, die für die Landesvertretung gelte, die er hundertprozentig unterschreiben könne. Es mache in dieser Zeit, auch bei 30.000 Lobbyisten in Brüssel wenig Sinn, dass jemand komme und eine L'art-pour-l'art-Rede halte, hinterher würden alle mit dem Kopf nicken, aber keiner wisse, was konkret das Anliegen sei, das dahinterstehe.

Wenn man sich das Land Nordrhein-Westfalen anschauere im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Nach der Einwohnerzahl sei NRW der sechstgrößte Mitgliedstaat noch vor den Niederlanden, wenn es nach BIP gehe, wäre NRW der siebtgrößte Staat hinter den Niederlanden im Ranking der Mitgliedstaaten. Man sitze aber im Rat am Katzentisch, wie er vorhin ausgeführt habe, mit den Ländervertretern, die die Bundesregierung beobachten würden. Aber formell habe man wenig Einflussmöglichkeiten. Das möge einen ärgern angesichts der Stimmen, die Malta, Zypern und andere Mitgliedstaaten hätten. So sei die EU nun einmal aufgebaut, aus guten Gründen. Da wolle auch keiner ran. Das allein sei schon Auftrag genug.

Wenn Nordrhein-Westfalen vor Ort auftrete, könne man auch mit breiter Brust an die Gesprächspartner herangehen und umgekehrt. NRW sei gerade vor dem Hintergrund, wozu man sich in der Koalitionsvereinbarung verpflichtet habe, gefragter Gesprächspartner, sodass er glaube, dass die Landesvertretung insgesamt gute Chancen habe, mit den Leuten vor Ort die Themen zu vertreten.

Er wolle einzelne Themen nicht vorwegnehmen. Jetzt stehe der Media Freedom Act auf der Tagesordnung. Er wisse, dass der kontrovers diskutiert werde. Da gehe es um originäre Landeskompetenzen. Da sei die Frage, wie weit das Subsidiaritätsprinzip gehe, wie man das abwende. Hier sei ein Thema auf der Tagesordnung, das NRW unmittelbar betreffe.

Man werde demnächst – das sei um ein Jahr verschoben worden – die REACH-Verordnung neu aufgelegt bekommen. Der Minister freue sich sicher schon auf die Besuche der Chemischen Industrie, wenn diese Vorlage auf dem Tisch liege. Das werde gerade für Nordrhein-Westfalen sehr große Auswirkungen haben.

Andere Themen habe er angesprochen: den Green Deal, Fit for 55, die Änderung des Emissionshandels, die Gaspreisbremse. In den letzten Tagen habe sich sein Kalender sehr schnell mit Besuchen von Vertretern nordrhein-westfälischer Unternehmen gefüllt, die das Thema – Steag, Uniper – als Erstes aufgebracht hätten und die Unsicherheiten benannt hätten, die für sie aus den Ansätzen der Kommission zur Gaspreisbremse entstehen würden. An Themen werde es sicher nicht mangeln. Da habe er keine Bedenken.

Die Landesverwaltung und die Europäisierung: Das sei nicht originäre Zuständigkeit der Landesvertretung. Da habe man die Staatskanzlei, die Personalverantwortlichen. Man könne nur Anstöße von außen geben, in welche Richtung die Entsendung von Mitarbeitern an die Landesvertretung und die europäischen Institutionen effektiver gestaltet werden könne.

Um die Frage aufzugreifen, wie man stärker gegenüber den Bürgern, den Kommunen in Nordrhein-Westfalen auftreten könne: Er habe 30 Mitarbeiter, 15 davon betrieben das politische Geschäft. Allein die Anzahl begrenze schon die Möglichkeiten, die man im Lande selber habe. Er achte sehr stark darauf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder ins Land zurückkehren würden, auch zu Diskussionen. Es gebe immer noch die Aktion „Back to School“. Er habe im Rahmen seiner Tätigkeit im Ausschuss der Regionen jedes Jahr daran teilgenommen. Man bekomme einen Tag Sonderurlaub und dürfe an seine alte Schule zurückfahren, sofern es diese noch gebe oder man sich da noch sehen lassen könne, das sei nochmal ein anderes Thema. Er habe davon profitiert. Man habe damals ein Programm aufgelegt, wonach man für nordrhein-westfälische Mitarbeiter in europäischen Institutionen, die gerne rund um den Schuman-Tag zurückkommen wollten, die Fahrtkosten für solche Auftritte übernehme. Das sei ein Beispiel. Er könne andere nennen.

Vor vielen Jahren sei man mit Vertretern der Landesvertretung und der Landesregierung eine Woche lang durch Nordrhein-Westfalen geradelt. Viele Abgeordnete, parteiübergreifend, Minister, Staatssekretäre, Regierungspräsidenten seien dabei gewesen. Da habe man vor Ort unter Beteiligung der Bürger und der Presse auf europäische Themen aufmerksam gemacht. Das sei ein sehr hoher Gewinn gewesen, nicht zuletzt auch für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele Mitarbeiterinnen aus der Verwaltung und dem Veranstaltungsmanagement hätten belgische Verträge. Sie würden Nordrhein-Westfalen kaum kennen, aber arbeiteten schon 20 Jahre für die NRW-Vertretung gut und zuverlässig. Auch da sei es gut, dass sie Gelegenheit bekämen, sie vor Ort zu bringen und das Land zu zeigen.

Zum Kontakt zu den Kommunen: Er habe gelernt, dass man in Brüssel das Instrument Ausschuss der Regionen stärker nutzen könne. Er habe einen kleinen Klassenausflug für seine Mitarbeiter organisiert. Man gehe fast geschlossen in den Ausschuss der Regionen, er habe ein Tagesprogramm aufgestellt und Referenten aus politischen Bereichen, aus dem Veranstaltungsmanagement, aus der Personalverwaltung dazu geholt, um allen die Möglichkeiten, die man mit dieser Einrichtung habe, auch wenn man sie manchmal als zahnlos bezeichne, vor Augen zu führen. Dort säßen die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen als entsandte Mitglieder aus vielen Regionen Europas, was Möglichkeiten biete, da viel stärker vernetzend teilzunehmen.

Nun zur Frage, wie die Abgeordneten Brüssel stärker nutzen könnten: Er habe das bewusst in seiner Einführung rausgelassen. Es stehe ihm nicht an, den gewählten Abgeordneten des Landes zu sagen, wie sie ihre Rolle wahrnähmen. Wie schon in der Vergangenheit seien die Abgeordneten immer willkommen, etwa Fraktionssitzungen in Brüssel durchzuführen. Die Fachausschüsse seien immer willkommen. Man biete auch an, wenn es gewünscht sei, gezielt Gesprächspartner in Brüssel zu finden. Nun sei ein Vertreter des Landtags in der Landesvertretung. Der Landtag habe für ihn ein

Büro dort angemietet. Den Kollegen kenne er schon lange auch aus anderer Tätigkeit, er mache einen sehr guten Job. Das begrüße er sehr und das helfe auch dabei, den Informationsfluss zwischen dem Landtag und der Vertretung in Brüssel aufrechtzuerhalten. Da könne man noch viele Ideen entwickeln. Er sei für jeden Hinweis dankbar, sich vor Ort noch besser aufzustellen.

Er denke, das sei im Groben und Ganzen das, was gefragt worden sei. Er würde sich freuen, wenn die Abgeordneten Nachfragen hätten. Die Vertretung stehe für Nachfragen und Belange zur Verfügung.

Vorsitzender Stefan Engstfeld bedankt sich für den Input und für das Gespräch. Alle würden hoffen, dass der Umbau/die Renovierung der Landesvertretung auch pünktlich fertig werde. Der Ausschuss plane, nach der Sommerpause eine auswärtige Sitzung in Brüssel zu machen, gerne in der Landesvertretung. Da werde man auf Herrn Stefens zukommen. Spätestens dann werde man sich wiedersehen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 (Ergänzung)

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlage 18/367 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/373 (Einbringungsrede)
Vorlage 18/438 (Beantwortung der Fragen)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Stefan Engstfeld merkt an, Änderungsanträge lägen nicht vor. Jetzt finde die Aussprache über den Haushalt statt.

Inge Blask (SPD) legt dar, das Thema Haushalt diskutiere die SPD-Landtagsfraktion übergreifend. Wenn sie sich die Situation in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland anschau, so stelle sie fest, das Land stehe vor der größten Rezession seit Beginn der Bundesrepublik. Da habe man viele Herausforderungen, auch in Nordrhein-Westfalen. Sie glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger, die mittelständische Wirtschaft erwarteten, dass dieser Landeshaushalt besondere Schwerpunkte als Antwort auf diese Herausforderungen setzen sollte.

In der Debatte im Plenum seien die Punkte herausgestellt worden, dass es darum gehe, zum Beispiel die Kitabeiträge zu erlassen, um Familien zu helfen. Da gehe es um das Thema Nahverkehrsticket, das ihres Erachtens noch günstiger, insbesondere für Schülerinnen und Schüler, für Jugendliche angeboten werden könnte. Da gehe es darum, dass man auch einen Härtefallfonds für die mittelständische Wirtschaft auflege, um Härten abzumildern.

Was den Einzelplan 02, das Thema Europa und Internationales, betreffe, so habe sich die SPD-Fraktion den Einzelplan intensiv angesehen und bewertet. Die SPD-Landtagsfraktion werde sich beim Einzelplan 02 enthalten. An der Stelle sei inhaltlich nichts zu meckern. Man sehe auch, dass es finanziell ein Plus gebe.

Berivan Aymaz (GRÜNE) betont, Frau Blask habe zu Recht auf die aktuelle Lage hingewiesen und darauf, dass es vielen Menschen konkret an Mitteln fehle, um den Alltag zu meistern, und dass Haushaltsberatungen in einer solchen Situation nicht einfach seien. Sie finde es nachvollziehbar, dass Frau Blask sage, vor diesem Hintergrund habe ihre Fraktion als Opposition wenig zu beanstanden.

Sie habe ein paar Punkte, die sie herausragend finde. Sie finde es gut, dass in einer solchen Situation Europapolitik und Internationales nicht einfach gestrichen und gekürzt werde, sondern dass gerade jetzt die Bedeutung von Europa und internationale

Politik für NRW hervorgehoben werde. Dabei sei es begrüßenswert, dass man nicht nur gute Projekte und Maßnahmen fortführe, sondern dass darüber hinaus ein neues Förderprogramm aufgestellt werde, und zwar mit 1 Million Euro, womit zivilgesellschaftliche, niedrighschwellige Projekte breit im gesamten Land unterstützt werden könnten. Damit signalisiere NRW, dass auch in Zeiten von multiplen Krisen der europäische Gedanke hochgehalten werden müsse. Wenn man über Krisen rede, dann seien das nicht nur die konkreten Krisen, die mit der Energiekrise verbunden seien, sondern es gehe auch um die Verteidigung der europäischen, der demokratischen Werte. Diese könnten mit solch niedrighschwelligem Projekten hervorragend unterstützt werden.

Sie persönlich finde es sehr erfreulich, dass auch im entwicklungspolitischen Bildungsbereich Stärkungen vor allem über zwei Wege zu sehen seien, dass im ersten Schritt das Promotorenprogramm ausgebaut werde. Als jemand, der von diesem wunderbaren Programm überzeugt sei, weil sie sehe, was die Promotor*innen Großartiges vor Ort leisteten, denke sie, dass es Ziel sein müsse, das in das ganze Land flächendeckend einzubringen.

Des Weiteren werde die Dachverbandsarbeit des Eine-Welt-Netzes gestärkt. Sie finde es erfreulich, dass da ein Zuwachs zu sehen sei. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, dass dieser Dachverband einen Zuwachs an Akteur*innen habe, und zwar um die 7.000. Das müsse sich in einer besonderen Berücksichtigung bei der Förderung der strukturellen Arbeit des Dachverbandes bemerkbar machen.

Sie freue sich vor allen Dingen, dass bald das NRW-USA-Jahr ausgerichtet werde, und glaube, dass die transatlantischen Beziehungen, die Partnerschaft in Bezug auf ambitionierte Klimaziele die gemeinsame Klimapolitik voranbringen sollten. Sie denke, dass dieser Entwurf des Haushaltsplans konkrete und gute Ansätze in Zeiten solcher großer Herausforderungen umfasse und bedanke sich dafür.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) hebt lobend hervor, dass im Bereich der Bildungsarbeit wichtige Akzente gesetzt würden. Seine Fraktion halte es für zentral, das Thema Europa gerade bei den jungen Menschen zu verankern. Das USA-NRW-Jahr sei angesprochen worden. Das begrüße seine Fraktion. Sie begrüße alle Initiativen, die dazu dienen würden, die Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Er habe nur Zweifel, ob die kommunale Entwicklungszusammenarbeit angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel wirklich die Früchte tragen könne, die sich die Landesregierung davon erhoffe. Das sollte man sich vielleicht noch einmal genauer ansehen. Er könne sich vorstellen, dass man mit den Mitteln noch mehr tue für die Bildungsarbeit, um die Europafähigkeit von Nordrhein-Westfalen insgesamt stärker hervorzuheben.

Seine Fraktion habe nach der Hilfe für die Ukraine gefragt. Es sei seitens der Landesregierung geantwortet worden, da gebe es in den verschiedenen Fachressorts Projekte, aber bei diesem Etat sehe er das nicht. Hier hätte sich seine Fraktion auch einen Akzent gewünscht, nicht zuletzt, nachdem der Ausschuss hier eine gemeinsame Resolution verabschiedet habe. Das bedauere er. Umso mehr müsse man schauen, welche Projekte jetzt wirklich von den Fachressorts gemacht würden. Vielleicht könnte

man da etwas mehr Transparenz bekommen, um das besser einschätzen zu können. – So viel zu dem Einzelplan selbst.

Nun habe seine Fraktion eine grundsätzliche Kritik am Verfahren, das sei auch im Plenum vorgetragen worden. Er bedanke sich, dass man nun einen Tag mehr gehabt habe, dass die Fristen eingehalten worden seien. Das sei nicht in allen Ausschüssen so gelungen, wie er vernommen habe.

Mit Blick auf die Ergänzungsvorlage und den enormen Aufwuchs des Landeshaushaltes, der durch die Krisensituation, in der man sich befinde, begründet sei, und angesichts des Zeitdrucks, unter dem man arbeite, sei seine Fraktion mit dem gesamten Verfahren unzufrieden. Deswegen werde seine Fraktion den Einzelplan 02 in diesem Ausschuss ablehnen.

Romina Plonsker (CDU) hält fest, insbesondere in schwierigen Zeiten sei eine Stärkung im Bereich Europa und Internationales, was die Haushaltsmittel angehe, wiederzufinden. Das zeige die Bedeutung, die dieser Bereich nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch für diese Landesregierung habe. Grundlage sei der gemeinsame Koalitionsvertrag, in dem viele Punkte beschlossen worden seien. Gerade in so schwierigen Zeiten wie momentan brauche man mehr Europa als weniger. Man merke an der Energiekrise, dass das nur gemeinschaftlich funktioniere. Deshalb müsse Europa – Herr Neumann habe es eben in seiner Frage formuliert – stärker in der Bevölkerung verankert werden. Sie danke für die deutliche Steigerung im Haushalt.

Sie komme auf das Thema „bilaterale Partnerschaften“ zu sprechen, das auch Schwerpunkt im kommenden Jahr sein werde. Es sei sehr wichtig, da gezielt vorzugehen. Für sie sei das Landesbüro in Tel Aviv eine Herzensangelegenheit, nicht nur weil es die deutsch-israelische Freundschaft stärke, sondern weil man auch da sehr viel lernen könne und sehr viel wirtschaftlich für Nordrhein-Westfalen tun könne.

Geschmunzelt habe sie, als Frau Blask und Prof. Dr. Pinkwart gesagt hätten, sie seien eigentlich zufrieden und würden nur aus Prinzip dem Antrag nicht zustimmen oder sich beim Haushalt enthalten. Das finde sie für einen gemeinsamen Aufbruch für Europa etwas schade. Vielleicht könne sich die Opposition durchringen, dem Einzelplan 02 zuzustimmen. Sie glaube, das wäre ein schönes Signal für ein gemeinsames europäisches Verständnis.

Inge Blask (SPD) kommt auf das Thema Städtepartnerschaften zurück, unabhängig von der Regionalpartnerschaft mit der Ukraine, die man auf den Weg gebracht habe. Sie frage, wie die Landesregierung die Städtepartnerschaften auch im Zusammenspiel mit den Kommunen stärken wolle, was da haushaltsmäßig verankert sei. Vielleicht könne der Minister ein paar Ausführungen dazu machen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) bedankt sich für die Aussprache, die Nachfragen zu dem Einzelplan und die Vorstellungen, die ein breites Interesse und Wohlwollen dokumentierten. Er wolle gerne auf einige Punkte eingehen und beginne mit dem Thema Ukraine. Mittel für die Regionalpartnerschaft stünden bereit, sie seien nur noch

nicht etatisiert worden, weil man da noch in Gesprächen sei. Aufgrund der Haushaltklarheit und -wahrheit wolle man da jetzt nicht Dinge hineinschreiben, die man noch nicht kalkulieren könne. Es gebe aber ausreichend Spielraum für das, was auf die Staatskanzlei im engeren Sinne zukomme.

Er habe bereits ausgeführt, dass das, was man sich da vornehme, auch andere Ressorts betreffen solle. Man sei mit anderen Fachministerien dazu im Austausch. Am vergangenen Dienstag sei der neue Botschafter der Ukraine zu Gast gewesen. Man habe ein gutes, offenes, ernsthaftes Gespräch geführt. Die Generalkonsulin sei mit dabei gewesen. Jetzt arbeite man daran, die Frage der Einbindung von Hauts-de-France und Schlesien zu klären. Es könnte sein, dass man das am Ende abgestuft mache und eine Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen mit der Region in der Ukraine schließe, die man in den Blick genommen habe, und dann die Weiterentwicklung des Weimarer Dreiecks gestalte.

Ziel sei es auch – der Ausschuss habe es deutlich in der September-Sitzung artikuliert –, dass man nach Möglichkeit noch in diesem Jahr zu einem Beschluss komme und im kommenden Jahr den Ausblick vornehme. Nun wolle man ja nicht einmal einen Briefwechsel durchführen, sondern man wolle auch, wenn man die Partnerschaft konkret schließe, mit in den Blick nehmen, was man konkret vorhabe im Sinne von akuter Hilfe direkt, aber auch im Sinne von einem Ausblick, was über Wiederaufbau hinaus das Signal für eine dauerhafte Partnerschaft sein solle. Das sei hier damit verbunden worden. Dazu würde er dem Ausschuss im Einzelnen berichten, wenn man so weit sei. Mit Blick auf den Haushalt: Man sei an der Stelle handlungsfähig.

Was die Städtepartnerschaften angehe, so gebe es Spielraum trotz der strengen Voraussetzungen eines Basishaushaltes, um die Europaaktivitäten auszudehnen. Das werde unterschiedliche Formen annehmen. Da sei auch noch nicht überall das letzte Wort gesprochen. Da sei man auch offen für Initiativen aus dem parlamentarischen Raum. Man wolle der Krise auch dadurch begegnen, dass man die Europaaktivitäten in der Zivilgesellschaft verstärken wolle. Es wäre ein falsches Zeichen, das als nicht zwingende Ausgabe anzusehen, im Gegenteil. Wenn man der Krise umfänglich begegnen wolle, müsse man das seiner Meinung nach eher ausweiten. Das komme in diesem Titel zum Ausdruck.

Die Städtepartnerschaften würden konkret über Kapitel 02 010 – Titel 534 63 – Ausgaben für die Europaaktivitäten des Landes und Pflege der europäischen Beziehungen – finanziert. Man wäre sehr daran interessiert, dass es davon mehr gebe. Alle wüssten, dass dieser direkte Austausch häufig das sei, was am meisten trage. Das sei auch der Grund, warum man im Bereich der Jugend viele Maßnahmen unterstütze, die persönliche Begegnungen ermöglichen.

Er habe vor zwei Tagen am Abschluss eines Projektes teilgenommen, das sein Vorgänger angeschoben habe, wo es darum gehe, Auszubildende – neben Erasmus+ – durch Austausche zwischen Unternehmen stärker mit Europa in Verbindung zu bringen. Es habe beeindruckende Begegnungen mit den jungen Menschen gegeben, davon wolle man letztlich mehr. Das sei das Ziel. Im Bereich der Schulen seien die Aktivitäten ausgedehnt worden. Das habe man jüngst kommuniziert. Absicht sei es, wie

bei den Städtepartnerschaften direkte Beziehungen zu fördern, die aus sich selbst heraus tragen würden, die keinen andauernden Impuls aus der Landespolitik bräuchten, sondern für sich selber liefern, im besten Sinne ein Eigenleben entfalteteten.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

3 Handelspolitik: Was bedeutet der Rückzug Chinas für den Duisburger Hafen? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/446

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) hat dem Bericht nicht entnehmen können, wann die Landesregierung wirklich Kenntnis davon erhalten habe. Er wäre dankbar, wenn der Minister das ausführen könnte.

Zum Zweiten würde ihn interessieren, welche Schlussfolgerungen die Landesregierung für das Projekt Seidenstraße und Anbindung Duisburgs an die chinesischen Handelsverbindungen ziehe.

Nun verweise er auf die neue Chinastrategie der Bundesregierung. Herr Brudermüller von BASF habe das heute im Handelsblatt für sich klar beantwortet. Er sei auch im Flieger des Kanzlers mit dabei gewesen, andere Vertreter der Industrie auch. Nordrhein-Westfalen habe das zweitgrößte Industriewerk von BASF. Er frage, wie man sich auf die Großwetterlage einstellen wolle. Es seien Weiterungen denkbar. Ihn interessiere, ob die Landesregierung im Kontext der Chinastrategie der Bundesregierung die Frage selbst klären wolle, wie sie zu China stehe. In NRW seien 1.100 chinesische Firmen angesiedelt.

Als er 2017 ins Amt gekommen sei, auch schon unter der rot-grünen Vorgängerregierung habe es eine enorme Euphorie in Nordrhein-Westfalen gegeben – Stichwort Seidenstraße –, China sei ein wichtiger wachsender Partner gewesen. Jetzt finde man eine nicht abschließend geklärte Haltung.

Inge Blask (SPD) fragt, wie konkret die Beobachtung laufe, die in dem Bericht angesprochen werde, nach welchen Kriterien man beobachte. Wenn man da etwas verhindern wolle, so wüsste sie gerne, welchen Handlungsspielraum das Land Nordrhein-Westfalen an der Stelle habe.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) betont, die deutsche Chinapolitik – sie gehe über Nordrhein-Westfalen hinaus, da sei man ein Teil – unterliege großen Schwankungen, von großer Euphorie bis paranoider Panikmache. An der Stelle sei man immer klug beraten, realistisch vorzugehen, was beide Leitplanken angehe. So wie die Euphorie an vielen Stellen keinen Grund gehabt habe, so würden vielleicht auch manche Dinge problematisiert, obwohl sie nicht so problematisch seien.

Nun sei eine Lehre aus den aktuellen Vorgängen mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die Energieversorgung, dass man zu keinem Partner in der Welt in eine solche Abhängigkeit geraten dürfe. Das halte er im Fall von China für deutlich komplexer als im Fall von Russland. Prof. Pinkwart habe es am Beispiel BASF aufgezeigt. Insofern sei es gut, mit Bedacht und Umsicht vorgehen und sich immer den Einzelfall anzuschauen.

Mit Blick auf den Hafen Duisburg sei es so, dass die Entscheidung durch das Unternehmen selbst abgenommen worden sei, weil es im Zuge der Partnerschaft aufgrund der Folgen der Unternehmensstruktur zu Belastungen gekommen sei, die dazu geführt hätten, dass sich Cosco entschieden habe, da rauszugehen. Das sei jetzt kommuniziert worden, man habe das vorher nicht gemacht. Er könne den genauen Zeitpunkt nicht nennen. Die Aufsichtsgremien des Hafens seien involviert worden. Da sie regelmäßig tagen würden, sei es nicht zu einem schuldhaften Verzögern gekommen. Er gehe davon aus, dass das im Rahmen des Rhythmus den Aufsichtsgremien mitgeteilt worden sei. Es werde auch in dem Bericht gesagt, dass darüber das Land davon erfahren habe. Den konkreten Zeitpunkt könne er aber nicht nennen.

Mit Blick auf die Prüfung, ob es problematische Beteiligungen gebe, so werde das gemeinsam mit dem Finanzministerium gemacht, das die Beteiligung des Landes verwalte, das Ressort für Internationales sei involviert, auch das Wirtschaftsressort. Hier müsse man genau schauen. Man dürfe nicht jede Handelsbeziehung, sei es eine Beteiligung, problematisieren, nur weil es chinesische Partner seien. Es sei zu unterscheiden, ob man über kritische Infrastruktur rede, ob man über Dinge rede, woraus eine Abhängigkeit erwachsen könnte. Das sei auch der Prüfmaßstab, den man an der Stelle anwende, erst einmal überhaupt zu wissen, was Sache sei; zum anderen könnten daraus Abhängigkeiten erwachsen, über allgemeine wirtschaftliche Abhängigkeit im Sinne von Globalisierung und gegenseitigem Handeln hinaus. Das müsse der richtige Maßstab sein. So könne Nordrhein-Westfalen als großes Exportland dazu beitragen, dass man in Deutschland insgesamt einen Umgang mit China finde, der dauerhaft belastbar sei, der vielleicht nicht mehr ganz so großen Schwankungen unterliege.

Die Abgeordneten wüssten, dass, was die konkrete Regulatorik angehe, dem Land nur wenig Möglichkeiten gegeben seien. Die würden auf der Bundesebene, mitunter auf der europäischen Ebene verhandelt, wenn er an die Handelspolitik denke. Insofern sei es richtig, dass eine Chinastrategie auf der Bundesebene und auf der europäischen Ebene beraten werde. Da müsse das sein.

Man könne die Erfahrung, die Expertise aus dem großen Exportland Nordrhein-Westfalen im Herzen Europas mit seinen Bezügen, auch über Logistikketten einbringen.

Dann sei gefragt worden, ob es aufgrund des Rückzugs im Duisburger Hafen eine Beeinträchtigung der Zusammenarbeit mit China gebe. Es sei mitgeteilt worden, dass man nicht davon ausgehe. Das sei die Auskunft, die der Hafen und das Fachressort dazu gemacht hätten.

4 Corona-Winter: Bleiben die Grenzen weiter offen? *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/447

Josef Neumann (SPD) legt dar, bei der Frage Corona sei die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern eingeübt. Man sei aber jetzt in einer neuen europäischen Situation, was die Energieversorgung und anderes betreffe. Gestern sei ein großer Funknetzanbieter ausgefallen. Was das bedeute, hätten Millionen Menschen sehen können. Er frage, wie man vorbereitet sei in der Zusammenarbeit mit den Nachbarn, wenn etwa die 110 und die 112 in beiden Staaten ausfallen würden. Es sei zu fragen, was das für die Regionen bedeute, in denen die Menschen im Grenzbereich leben würden. Er wüsste gerne, ob man darauf vorbereitet sei, dass vom Katastrophenschutz über Polizei bis zur Krankenhausversorgung vieles funktioniere. Er denke, das passe zu diesem Tagesordnungspunkt.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) schickt voraus, die Frage, wie man mit katastrophischen Szenarien umgehe, habe in den letzten Jahren eine andere Relevanz bekommen. Man setze sich jetzt mit vielen Fragen konkreter auseinander, als es in den Jahren zuvor der Fall gewesen sei, weil man die Erfahrung gemacht habe, dass das notwendig sei.

Aus dieser Erfahrung heraus sei eine Säule des Drei-Säulen-Plans, den der Ministerpräsident vorgestellt habe, die Säule Krisenresilienz, in der es darum gehe, sowohl Betreiber kritischer Infrastruktur als auch staatliche Ebenen so zu ertüchtigen, dass man einen solchen Fall am besten vermeide und, wenn das nicht möglich sei, man wisse, wie damit umzugehen sei. Man sei dabei, das auch mit Blick auf die Ebene der Landesregierung durchzuexerzieren, um vorbereitet zu sein. Die Zuständigkeiten müssten klar sein, die Zeitpläne, die Handlungsdrehbücher. Es werde Wert darauf gelegt, dass das nicht in den grenznahen Regionen ende und ins Nirwana laufe. Aber was das für diese Themen bedeute, die mitunter grenzübergreifend schon funktionierten, da würde er noch einmal nachhören müssen, wie weit das schon berücksichtigt worden sei bei der Überprüfung. Es sei eine sehr relevante Frage.

Er habe sich Mitte Oktober mit der niederländischen Kollegin ausgetauscht. Man habe sozusagen einen TÜV eingeführt, was jegliche Gesetzgebung, Regulierung oder staatliches Handeln angehe, mit Blick auf deren Wirkung auf grenznahe Räume. Diese Frage würde er auch gerne aufnehmen und mit ihr besprechen ebenso mit dem belgischen Kollegen, mit denen ein Treffen Ende des Monats geplant sei.

Dr. Günther Bergmann (CDU) meint, als jemand, der im grenznahen Raum wohne, könne er nur sagen, vom grenznahen Raum lernen, heiße siegen lernen, auch wenn das ein Slogan einer Ideologie sei, die ihm nicht nahestehe.

Die Deichringe 46, 47, 48 würden schon zeigen, dass viele Punkte, die Herr Neumann angesprochen habe, wichtig seien und im Alltag an der Grenze schon bespielt würden. Dort werde der Katastrophenschutz grenzüberschreitend geübt. Das sei auf Basis der 93er- und 95er-Hochwässer geschehen. Jetzt spreche man nur noch über Hochwasser Ahr. Der technische Hochwasserschutz sei bei diesem beschaulichen Flüsschen notwendig, was dann von 8.000 m³ Durchfluss auf 16.000 m³ anschwellen würde. Wenn es einen Deichbruch im niederrheinischen Bereich gebe, werde ein Drittel der Niederlande überflutet. Deswegen seien die Niederländer alle mit drin. Da habe die Landesregierung sehr viel investiert. In der letzten Legislaturperiode sei exemplarisch die Zusammenarbeit im Bereich der Feuerwehren verstärkt worden, weil die Feuerwehr auf der niederländischen Seite ganz anders strukturiert sei als hier.

Die Stadt Kleve sei modellhaft und arbeite grenzüberschreitend mit den niederländischen Löschruppen zusammen. Es gebe einen Sockel, auf den man aufbauen könne. Das müsse noch intensiviert werden. Aber es gebe eine Basis, auf der man aufsetzen könne. Alle Hilfsorganisationen seien bei diesem Katastrophenbild Hochwasser eingeschlossen. Man könne sich vorstellen, was da los sei. Insofern habe man eine Basis. Das sei Europa nicht in einer Sphäre, sondern ganz handfest für die Menschen vor Ort. Diese Europapolitik müsse man leisten, schließlich sei NRW genauso groß wie Holland.

Josef Neumann (SPD) erkennt das alles an. Er habe bei Corona gelernt, was es heiße, wenn Kliniken plötzlich voll seien – er meine nicht nur die in den Grenzregionen –, wenn Patientinnen und Patienten beispielsweise in die Unikliniken oder andere Krankenhäuser kommen müssten. Das könne in beide Richtungen gehen.

Hier habe man eine völlig neue Situation, nämlich die Situation, dass nach 72 Stunden Aggregate nicht mehr funktionieren würden, dass Versorgung nicht mehr funktionieren könne. Das betreffe nicht nur Kliniken, Altenheime, Beatmungspatientinnen, -patienten. Das sei eine Dimension, die man sich heute kaum vorstellen könne, es sei denn, man sei selber im Kriegsgebiet oder habe Kriegsgebiete besucht. Insofern sei es richtig, was Dr. Bergmann gesagt habe.

Der Minister habe eine Dimension angesprochen. Der Blick wäre ihm noch einmal wichtig, weil er glaube, dass die notwendige Hilfe gegenseitig noch einmal anders zu denken sei, nämlich dann, wenn Strom und Kommunikationswege nicht mehr funktionierten.

5 Welche Schlüsse und Handlungsbedarfe zieht die Landesregierung aus der Studie „The Future of EU Cohesion: Effects of the Twin Transition on Disparities across European Regions“ für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/448

Inge Blask (SPD) kommt auf die Maßnahmen der Landesregierung bei der Ausgestaltung der angekündigten Kreislaufwirtschaftsstrategie zu sprechen. Sie frage, ob da eine ausreichende Einbeziehung der assoziierten Akteure wie Arbeitgeber*innen, Industriegewerkschaften, Forscher*innen sowie der Umweltverbände gewährleistet werden könne.

Auch wüsste sie gerne, ob es eine inhaltliche oder zeitliche Konkretisierung der Pläne der Landesregierung gebe hinsichtlich einer Stärkung und Vereinfachung von Fördermechanismen für zirkuläre Verfahren, Produkte und Geschäftsmodelle. Es gehe um das Thema Kreislaufwirtschaft.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) führt aus, dass das Thema Kreislaufwirtschaft in seiner Komplexität der Landesregierung und insbesondere der zuständigen Fachministerin sehr wichtig sei, habe Frau Blask daran sehen können, dass Frau Ministerin Neubaur im August drei Tage, im Oktober einen ganzen Tag unterwegs gewesen sei, um das Potenzial, das es in Nordrhein-Westfalen bisher schon gebe, ins Licht zu stellen. Die Fragestellung sei natürlich größer als diese Best-Practice-Beispiele, auch das sei ihm bewusst. Das werde durch die Studie, um die es hier gehe, beleuchtet.

Er sei am Abend in Wuppertal bei Circular Valley. Frau Neubaur sei da, Herr Krischer auch, die Landesregierung sei mehrfach vertreten, um die Bedeutung des Themas zu betonen. Er sei dort auch, um über die Fachressortsicht hinaus den grenzüberschreitenden Aspekt zu beleuchten, und werde auch mit Vertretern der Nachbarn von NRW zusammenkommen. Was die Einbindung der Akteure angehe, so sei er sicher, dass das geplant sei. Es würde ihn wundern, wenn Arbeitgeber und andere Akteure nicht eingebunden würden. Was den Zeitplan angehe, sei er überfragt. Das wolle man gerne mitnehmen und die Frage schriftlich beantworten.

RD'in Eva Faulenbach (MWIKE) sagt die Beantwortung zu.

- 6 Was hat die Landesregierung getan, um die Schließung des Stahlseilherstellers „Bridon“ in Gelsenkirchen zu verhindern und einer Standortverlagerung nach Großbritannien vorzubeugen? (Bericht beantragt der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/461

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/461 zur Kenntnis.

7 EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion
[s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/449

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/449 zur Kenntnis.

8 Verschiedenes

hier: **Bedarftermin am 02.12.2022**

Der Ausschuss beschließt, am 02.12.2022 einen Sitzungstermin anzuberaumen.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

3 Anlagen

06.01.2023/11.01.2023



Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Prof. Dr. Andreas Pinkwart • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Ausschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: andreas.pinkwart
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, Donnerstag, 3.
November 2022

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 18. November 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 18. November 2022 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

„Handelspolitik: Was bedeutet der Rückzug Chinas für den Duisburger Hafen?“

Der chinesische Staatskonzern Cosco, der sich zunächst am Bau des „Duisburg Gateway Terminals“ im Duisburger Hafen beteiligten wollte, ist von diesem Investitionsvorhaben zurückgetreten. In der strategischen Ausrichtung des Duisburger Hafens, der hauptsächlich in öffentlicher Hand ist, spielte die enge Kooperation mit China immer eine zentrale Rolle. Auch für NRW insgesamt hat sich China zu einem wichtigen Handelspartner entwickelt und macht mittlerweile rund 10 Prozent des Außenhandels aus.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wann erfuhr die Landesregierung davon, dass Cosco von dem Investitionsvorhaben in den „Duisburg Gateway Terminal“ zurücktreten will?
- Wie bewertet die Landesregierung die Folgen des Rückzugs von Cosco auf die strategische Ausrichtung des Duisburger Hafens?

- Sind der Landesregierung weitere Beteiligungen chinesischer Staatskonzerne an kritischer Infrastruktur bekannt?
- Wie will die Landesregierung die Außenwirtschaftspolitik so ausrichten, dass sich Abhängigkeiten von einzelnen Ländern reduzieren?

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart



Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Prof. Dr. Andreas Pinkwart • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Ausschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: andreas.pinkwart
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, Donnerstag, 3.
November 2022

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 18. November 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 18. November 2022 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

„Corona-Winter: Bleiben die Grenzen weiter offen?“

In den letzten Corona-Wintern hat NRW große Anstrengungen unternommen, um die Grenze nach Belgien und den Niederlanden besonders für Pendlerinnen und Pendler offen zu halten. Dafür wurde von den drei Ländern eine gemeinsame Covid-Taskforce eingerichtet.

Auf diese Weise konnte das jeweilige Regierungshandeln eng miteinander abgestimmt werden. Die Covid-Taskforce war ein Paradebeispiel für grenzübergreifende Krisenpolitik. Andere Bundesländer, etwa Bayern, hatten hingegen für längere Zeit harte Grenzkontrollen eingeführt.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wird die Covid-Taskforce von NRW, Belgien und den Niederlanden wieder eingesetzt?
- Sind die Coronaschutzmaßnahmen aktuell in den drei beteiligten Ländern einheitlich?

- Wo unterscheiden sich die Coronaschutzmaßnahmen für Pendlerinnen und Pendler?

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -
nachrichtlich an
[REDACTED]
Ausschussassistentin

INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510
E-Mail: inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

8. November 2022

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung
am 18. November 2022**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 18. November 2022:

**1. Welche Schlüsse und Handlungsbedarfe zieht die Landesregierung
aus der Studie „The Future of EU Cohesion: Effects of the Twin
Transition on Disparities across European Regions“ für NRW?**

Am 13. Oktober nahm Staatssekretär Mark Speich an einer Panel-Diskussion in
Brüssel teil, um die Ergebnisse der Bertelsmannstudie “The Future of EU
Cohesion: Effects of the Twin Transition on Disparities across European
Regions” zu besprechen. Die grüne und digitale Transformation würde für
manche Regionen besondere Herausforderungen mit sich bringen und die
regionalen Disparitäten in der EU noch verstärken. Auch würde es den
Regionen mit emissionsintensiven Branchen schwerer fallen, die EU-Klimaziele
einzuhalten.

- Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Studie für die einzelnen NUTS-2-
Regionen in NRW?
- Welchen Handlungsbedarf leiten Sie für sich ab, um den
Herausforderungen in NRW zukünftig bestmöglich zu begegnen?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Wie müsste sich die EU-Kohäsionspolitik anpassen und wie kann das gelingen?
- Welche Schlüsse zieht die Landesregierung daraus für die zukünftigen Handelsbeziehungen, die Rohstoffversorgung und die Notwendigkeit der Etablierung einer starken, integrierten zirkulären Wirtschaft in NRW bzw. welche Impulse sind dafür auf EU-Ebene nun wichtig?

Wir erbitten uns – nach Möglichkeit – eine **Kurzpräsentation der Studie** entlang dieser Fragen in der Ausschuss-Sitzung am 18. November 2022. In jedem Fall erbitten wir vorab einen schriftlichen Bericht von der Landesregierung.

2. Was hat die Landesregierung getan, um die Schließung des Stahlseilherstellers „Bridon“ in Gelsenkirchen zu verhindern und einer Standortverlagerung nach Großbritannien vorzubeugen?

Das traditionsreiche Unternehmen „Bridon“, das zum belgischen Mutterkonzern „Bekaert“ gehört, wird in 2023 seinen Produktionsstandort in Gelsenkirchen-Schalke schließen. Die Produktion soll nun an Standorten in Großbritannien konzentriert werden.

- Was hat die Landesregierung getan, um diese Entscheidung zu verhindern?
- Gab es Erwägungen in den Standort Gelsenkirchen zu investieren, um die Produktionsqualität „Bridons“ zu steigern und den Großauftrag für die Leverkusener Rheinbrücke bedienen zu können. Wenn nein, warum nicht?
- Die Landesregierung NRW legte im Zuge des Brexit besonderen Wert auf Standortmarketing für NRW, um potentielle britische Unternehmen und Investitionen anzulocken. Dies war auch eine der Hauptaufgaben des ehemaligen Brexit-Beauftragten Friedrich Merz. Wie erklärt sich die Landesregierung nun, dass Standortverlagerungen zu Lasten von Industrie und Arbeitsplätzen in NRW gehen? Wie bewertet sie vor diesem Hintergrund die Arbeitsleistung von Friedrich Merz?



3. EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027

Die ersten Projektaufrufe Start aus dem EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 starten. Diesbezüglich bitte ich um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Beratungsleistung stellt die Landesregierung zur Verfügung, damit auch kleine Kommunen und ressourcenschwächere Akteure von der EU-Regionalförderung profitieren können?
- Werden die Zielsetzungen des Programms an die neue energiepolitische Lage angepasst?
- Werden angesichts brüchiger Lieferketten, der konjunkturellen Lage und der gestiegenen Inflation die Durchführungszeiträume angepasst bzw. wird die Landesregierung diesbezüglich noch einmal Gespräche mit der Europäischen Kommission führen?
- Wie wird sichergestellt, dass Innovationen auch in Genehmigungsverfahren überführt werden?
- Wie soll der um 1,5 Jahre verzögerte Start des Programms aufgeholt bzw. kompensiert werden?
- Wie genau sollen die 680 Millionen Euro aus dem Just Transition Fund (JTF) zur Bewältigung des Kohleausstiegs in NRW eingesetzt werden?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL